

# **Solidarisches Hamburg**

**Programm für eine  
Politik der Aufklärung und des sozialen Fortschritts  
(2. überarbeitete Auflage)**



*Lankauer Kreis -  
Linke Jusos in Hamburg*



## Inhaltsverzeichnis:

O.	Einleitung	3
I.	Für Demokratie und solidarische Kooperation statt Brutalisierung von Rechts!	5
II.	Sinnvolle Arbeit schaffen statt Arbeitslose bekämpfen	7
III.	Demokratische Bildung von Anfang an!	9
IV.	Humanistische Nützlichkeit statt Standortdiktat - Für demokratische Hochschulen!	11
V.	Frieden und soziale Entwicklung weltweit	12
VI.	Soziale Reformen für alle - Kritische Bewegung ist erforderlich!	14

## 0. Einleitung

*"Über den Anbruch gesegneter Jahrhunderte*

*Müßte nicht die Menschheit angesichts all dieser Maschinen und technischen Künste, welche ihr gestatten, sich leicht zu ernähren, den Eindruck haben, sich am Morgen eines langen, reichen Tages zu befinden, die rosige Morgenröte und den frischen Wind verspüren, die den Anbruch gesegneter Jahrhunderte anzeigen? Warum ist es ringsherum so grau, und warum geht erst jener unheimliche Dämmerungswind, bei dessen Aufkommen, wie es heißt, die Sterbenden sterben?*

*Verfault eine herrschende Klasse, dann wird der Fäulnisgeruch beherrschend."*

(Bert Brecht, Schriften zu Politik und Gesellschaft, 1919-1956)

Der Rechtssenat muss weg! Der Hamburger CDU-Senat macht Politik im Interesse einer gesellschaftliche Minderheit. Unter dem verschleiernenden Motto "Wachsende Stadt" verschärft er - nicht nur in Hamburg - die vollständige Zurichtung von Menschen, Infrastruktur und gesellschaftlichem Leben auf die Verwertungsanforderungen internationaler Kapitalanleger. Es wachsen soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und Angst.

Dagegen gibt es - schon seit der Wahl des ersten Rechtssenats - dauerhaft Proteste von Schülern, Lehrern und Eltern gegen die Schulpolitik des Senates, Widerstand der Gewerkschaften, massive

Kritik an repressiver Ordnungs- und Sicherheitspolitik, vielfältige Aktivitäten gegen die Kürzungen bei Bildungs-, Kultur- und sozialen Einrichtungen, oft kategorische Zurückweisung der Zurichtung der Wissenschaften und der Künste, antifaschistische und antimilitaristische Aktivitäten Hamburger Bündnisse und parlamentarischen Druck.

Jusos haben sich an diesen Aktivitäten schon in der Vergangenheit beteiligt und begonnen, in außerparlamentarischen Bündnissen für eine klare antikapitalistische Orientierung und kämpferische Formierung der Bevölkerung zu wirken. Gleichzeitig stritten sie innerhalb der

Sozialdemokratie für die Formulierung und Durchsetzung einer deutlichen gesellschaftspolitischen Alternative zur weltweit dominanten neoliberalen Unterwerfung der sozialen Verhältnisse unter private, ökonomische Interessen. Diese Aktivitäten sind fortzuführen und stärker zu verbinden.

Bei diesem Kampf für einen grundlegenden Politikwechsel in Hamburg und weit darüber hinaus wollen wir als linke Jusos eine initiiierende Rolle übernehmen. Aus den Erfahrungen der Hamburger Auseinandersetzungen entwickeln wir Analysen, Perspektiven und Aktivitäten von hoher Verallgemeinerbarkeit. Diese wollen wir für alle produktiv machen - in der Partei, in Bündnissen mit anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, mit sozialen Initiativen, in studentischen und Schülerprotesten, in der Friedensbewegung und in fortschrittlichen Interessenvertretungen.

### **'Unternehmen Hamburg' oder Bewegung für ein Solidarisches Hamburg?**

Der CDU-Senat (und vor ihm der Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP) verbindet die klassisch-konservative staatliche Begünstigung wirtschaftlicher Interessen (v.a. durch einseitige Investitionsentscheidungen und Privatisierung) mit einer gezielten Förderung sogenannter weicher Standortfaktoren in Bildung, Kultur und Stadtentwicklung. Gerade diese Bereiche sollten darauf ausgerichtet werden, national wie international hochqualifizierte 'Erwerbspersonen' anzuwerben. Diese sollen entweder hier sesshaft werden oder später in anderen Metropolen als kapitalkonforme Funktionseelite tätig

sein. Abgesichert und gestärkt wird diese Orientierung durch eine restriktive Sozialpolitik, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Verteuerung des Wohnraums, anti-emanzipative Kultur- und Bildungspolitik und repressive Ordnungsstaatlichkeit. Untrennbar verbunden mit dieser "Wachsenden Stadt" ist daher der Versuch der Verelendung und Ausgrenzung jener Bevölkerungsteile, die entweder in der zugespitzten alltäglichen Konkurrenz unterliegen oder sich nicht bereit zeigten, das umfassende 'Jeder gegen Jeden' zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen.

Das Ziel dieser - international verbreiteten - neoliberalen Standortpolitik ist, die "Metropole Hamburg" zu einem Unternehmen zu machen, das "human resources", Dienstleistungen und materielle Grundlagen für internationale Konzerne bereitstellt. Nach dieser Vorstellung soll den Menschen dieser Stadt das Leben in einer solchen 'Metropole der Ausbeutung' im Vergleich zu der - durch diese Politik beförderten - Verelendung der angrenzenden Regionen und erstrecht der Entwicklungsländer anstrebenwert erscheinen.

Die Entwicklungs-Alternative besteht jedoch nicht zwischen prosperierender oder verelendender Region; sie besteht auch nicht zwischen Anpassung oder Ausgrenzung. Zur Entscheidung steht entweder die Zustimmung und Unterordnung gegenüber der verschärften Ausbeutung in der internationalen Konkurrenz der 'Wachsenden Städte' oder aber der Kampf für ein solidarisches Hamburg, das Modell und Initiator für eine solidarische Welt ist und wo das Wohl aller Menschen - nicht nur der Hamburger - im Mittelpunkt steht.

Eine solche Politik des sozialen Fortschritts und der Aufklärung richtet sich gegen Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Privatisierung, Brutalisierung, kulturelle Verdummung und Entdemokratisierung und damit gegen die marktradikale Zurichtung aller gesellschaftlichen Bereiche. Sie ist gerichtet auf die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Gegenkräfte zur Dominanz des Neoliberalismus, die Druck entfalten für sinnvolle Arbeit, soziale Ab-

sicherung und gleiche Rechte für alle, humanistische Bildung und Kultur, Demokratisierung und Entmilitarisierung. Dafür ist erforderlich, die Gemeinsamkeiten der vielfältigen Protestbewegungen in der Ablehnung der unsozialen Politik herauszuarbeiten und fundiert zu begründen; so ist eine Grundlage für eine gemeinsame Perspektive der solidarischen Gestaltung Hamburgs zu schaffen, die über die Stadt hinaus Bedeutung hat.

## **I. Für Demokratie und solidarische Kooperation statt Brutalisierung von Rechts!**

*"Nein, ich meine, dass politische Perversionen dieser Zeit [gemeint ist der "Nationalsozialismus"] zu Reflexen geführt haben, die mit Blick zurück nachvollziehbar, aber mit der heutigen Entwicklung nicht immer vereinbar sind.*

*Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Die nationalsozialistische Ideologie berief sich auf das Recht des Stärkeren. Dies hat zu einer menschenverachtenden Behandlung der sogenannten Schwachen geführt. Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir bis heute, dass allein das Berufen auf das "schwach sein" moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung nicht immer Stand halten."*

(Ole von Beust vor dem Überseeclub, 22. September 2003)

Ole von Beust hat in den zweieinhalb Jahren als Bürgermeister des Rechtsbündnisses von CDU, Schill und FDP und als Landeschef der CDU konsequent die schrankenlose Unterwerfung von Menschen und Stadt unter die Profitinteressen der Wirtschaft betrieben. In dem Regierungsbündnis von CDU, Schill-Partei und FDP war die Schill-Partei erforderlich, um diese Politik ordnungspolitisch durchsetzbar zu machen und das rechtsradikale Wählerpotential zu binden. Mit ihrer Hetze gegen Obdachlose, Arme, Ausländer und Drogensüchtige, verschärften Polizeieinsätzen, faktischen Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit und der populistischen Aufrüstung der Polizei sollten

kulturelle und soziale Ressentiments, Angst und Haß geschürt werden. Im Windschatten dieser autoritären Orientierung der Schill-Partei versuchte sich die CDU als gemäßigt-hanseatisch zu profilieren, während sie gemeinsam mit der FDP aus den Behörden ihr extrem marktradikales Programm wirtschafts-, sozial- und bildungspolitisch auf den Weg brachte.

Auch ohne liberale Stümperei und schillischen Stammtischduktus will die CDU diese Politik in aller Schärfe fortsetzen - und muss dafür nun alleine die Verantwortung tragen. In dem neuen Regierungsprogramm ist das Ziel formuliert, Hamburg solle zur "World Winning City"

werden. Mit einer großen, entpolitisierenden Umarmung will die Union widerstreitende Interessen, die Dimension der gesellschaftlichen Probleme und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung vertuschen. Trotz aller Täuschungsversuche bleibt der Plan, mit dem Senatsleitbild: "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" erstmals 2002 veröffentlicht, deutlich erkennbar: die Stadt soll systematisch durchökonomisiert werden. Ole von Beust steht damit in der Tradition der marktradikalen Politik der Brutalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie die Vordenker des Neoliberalismus seit den 1940er Jahren fordern. Zur Durchsetzung dieser Politik verharmlost er den historischen Faschismus und will die Lehren aus Faschismus und Krieg (Entmilitarisierung, Zerschlagung von Monopolen und Großbanken, entwickelte Sozialstaatlichkeit und Demokratisierung) vergessen machen. Unter seiner Leitung verschärft der Rechtssenat durch massiven Sozialabbau die Konkurrenz aller gegen alle. Um den Protest dagegen zu marginalisieren werden sozial Benachteiligte und gesellschaftskritische Kräfte von der gesellschaftlichen Rechten als "Schmarotzer" denunziert.

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Sozial- und Bildungsabbau, Entdemokratisierung und kulturelle Verdummung, Zwangsbeschäftigung und Abschiebung sind notwendiger Bestandteil dieser von der Handelskammer als Interessenvertreterin des Kapitals initiierten und gestützten Politik zur Mehrung des Profits. Zur Durchsetzung dieser Brutalisierung des Alltags, der vollständigen Unterwerfung Aller unter das Verwertungsinteresse des Kapitals, wird die extreme Rechte zunehmend hofiert und die Linke bekämpft.

So wundert es auch nicht, dass diese Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse die rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte und die Akzeptanz ihrer menschenverachtenden Propaganda gestärkt und erhöht hat. Diese Kräfte traten anlässlich des 60. Jahrestags der Bombardements Hamburgs durch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs mit Aufmärschen in die Öffentlichkeit und verbreiteten ihre militaristischen, rassistischen, und nationalistischen Parolen. Zudem wendeten sie sich damit ebenso gegen die "Wehrmachts-Ausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Diese Demonstration wurde durch den Rechtssenat durch massiven Polizeieinsatz geschützt, während die antifaschistische Gegendemonstration durch Wasserwerfereinsatz aufgelöst wurde. Die von der Springer-Presse betriebene Zuordnung der Gegendemonstranten als "Chaoten" sorgte für die hegemoniepolitische Unterstützung der extremen Rechten.

Dieser Anfänge zu wehren, gegen das Destruktivprogramm des Senats - und damit erst recht gegen die von Neofaschisten angestrebte noch weiter gehende Brutalisierung der Verhältnisse - zu wirken und die Zivilisierung durch humanistische Entwicklung zu erkämpfen, ist Aufgabe antifaschistischen Wirkens der Jungsozialisten. Die gerade durch die CDU als politische Funktionspartei der Unternehmensseite forcierte Konkurrenz aller gegen alle, die neoliberale Anti-Aufklärung und der Sozialstaats- wie Demokratieabbau als Grundlage von Angst, Ausgrenzung und Verfolgung müssen durch eine konsequente Politik des sozialen Fortschritts überwunden werden - in Hamburg und bundesweit.

Demokratische Kooperation und Aufklärung müssen gegen kulturelle Verarmung und Hetze voran getrieben werden. Rechtsextremen und neofaschistischen Kräften, der Verharmlosung des historischen Faschismus und der Legitimierung faschistischer Verbrechen muss weiter mit

solidarischem antifaschistischem Engagement entgegengetreten werden. Dafür engagieren sich die Jusos des Lankauer Kreises bündnispolitisch, insbesondere mit anderen Organisationen der Arbeiterbewegung und mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen.

*"Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will,  
sollte auch vom Faschismus schweigen."*

(Max Horkheimer, "Die Juden und Europa", 1939)

## **II. Sinnvolle Arbeit schaffen statt Arbeitslose bekämpfen**

Der CDU-Senat führt auch im Wirtschafts- und Sozialbereich die Politik des vorigen Rechtssenats fort. Für die Steigerung der Profite der in Hamburg ansässigen größeren Unternehmen sind immer tiefere Einschnitte in die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen nötig. Die Menschen sollen als "human resources" für die Anhäufung privaten Kapitals da sein. Das Bedürfnis nach Entfaltung in sinnvoller Arbeit und Partizipation an der demokratischen Bestimmung gesellschaftlicher Entwicklung wird dafür nicht nur ignoriert, sondern bekämpft. In Hamburg wird damit die neoliberale Politik der kühlen Ökonomisierung aller sozialen Verhältnisse, die auch international und national dominant ist, zugespitzt betrieben.

Auch für den neuen rechten Senat sind Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit und andere Symptome sozialer Ausgrenzung lediglich negative Standortfaktoren: schlecht für das Standortmarketing, den Tourismus und das Lebensgefühl der "high potentials", die der Rechtssenat durch seine Bevölkerungsstruktur-

politik anwerben will. Wer auf Transferleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe angewiesen ist, wird als fauler Schmarotzer denunziert, eingeschränkt und verdrängt, wie beispielsweise durch die Privatisierung von Sozial- und Genossenschaftswohnungen und die Abschaffung des HWV-Sozialtickets. Durch minimale Armenpflege und massive Repressionen will der Senat gemäß dem Senatsleitbild "eine soziale Befriedung der Stadt einleiten." Dafür sollen der Widerspruch zwischen den realen Bedürfnissen der Menschen einerseits und der asozialen Zurichtung aller Lebensbereiche der Stadt für die Profitmaximierung der in Hamburg ansässigen Unternehmen andererseits unterdrückt und die Betroffenen auf die individuelle Optimierung ihrer "Beschäftigungsfähigkeit" geworfen sein.

Durch Senkung des Lohnniveaus schon durch den vorigen Rechtssenat soll gleichzeitig der Profit der Unternehmen gesteigert und der Druck auf die Beschäftigten erhöht werden. So werden durch das 1-Euro-Programm (Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger für einen

Euro Stundenlohn) ein extremer Billiglohnsektor geschaffen, Belegschaften großer Unternehmen (z.B. Blohm & Voss) erpresst, ebenfalls Lohnkürzungen zuzustimmen und die Arbeitsförderung zurückgefahren. Bezüge von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes werden gekürzt, weitere Kürzungen sowie Kündigungen und Arbeitszeitverlängerung werden vorangetrieben. Durch die mit der Privatisierung der Berufsschulen verbundene Ablösung bisheriger Ausbildungsstandards durch modularisierte Schmalspurausbildungen sollen die für kollektive Tarifverträge notwendigen einheitlichen Abschlüsse abgeschafft werden. Auch mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums (Unternehmen, Infrastruktur) ist eine deutliche Reduzierung von Arbeitsplätzen und Gewinnorientierung verbunden.

Die massive Sparpolitik der vermeintlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist das vorgeschobene Argument, öffentliches Eigentum zu privatisieren. Mit der Schließung von Museen, Schulschließungen und der Vergrößerung der Klassen, der Ökonomisierung der Bildungsinstitutionen und der Individualisierung von Gesundheitsrisiken, Wohnungsmangel und der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sollen die substanziellen Grundlagen gesellschaftlichen Fortschritts zu Gunsten einer immer kurzfristigeren Profitsteigerung zerstört werden; die (potentiell) Erwerbstätigen werden immer stärker belastet. Die Hamburger CDU-Politik ist damit Vorreiterin einer bundesweit und international von den Kapitalverbänden vorangetriebenen Politik neoliberaler Zurücktutung und Ausbeutung.

Um dagegen den Ausbau sozialer, kultureller und demokratischer Errungenschaften durchzusetzen, ist es notwendig, den gesellschaftliche Reichtum von Oben nach Unten umzuverteilen. Die Binnenachfrage ist zu stärken. Gegen den massiven Druck der Kapitalvertretungen streiten wir gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für die stärkere Besteuerung großer Vermögen, eine gerechte Erbschaftssteuer sowie eine angemessene Unternehmensbesteuerung und setzen uns innerparteilich für einen demokratischen und gerechten Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ein. Dies ist Teil unseres Wirkens, Bedingungen für eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schaffen.

Der massive Widerstand vor allem von den Gewerkschaften hat eine breite Ablehnung gegenüber der Privatisierungs- und Sparpolitik verdeutlicht. Dautlich wurde dies bei der europäischen Gewerkschaftsdemo. Dafür stehen aber auch 77 % Unterstützer beim Volksentscheid gegen den LBK-Verkauf in Hamburg, die sich damit gegen eine Gesundheitspolitik wenden, die 'lebenswert' mit 'lukrativ' übersetzt. Statt der marktradikalen Politik des Rechtssenates müssen jetzt in Hamburg - wie auch international und national - Ausgabensteigerungen für Infrastruktur und Beschäftigung in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit durchgesetzt werden.

Das erfordert beispielsweise, die Unternehmen zu zwingen, ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen; Schulen, Berufsschulen und Hochschulen müssen als Institutionen demokratischer Bildung für alle gestärkt werden. Mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, sichere und humane



Arbeitsbedingungen sowie eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung müssen im Bündnis mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Das verringert den Druck auf die Einzelnen und die Konkurrenz zwischen ihnen und fördert eine humanistische Orientierung von Bildung, Kultur, öffentlicher Daseinsfürsorge und Produktion.

Diese Reformen sind zu erkämpfen; Grundlage dafür ist eine prinzipielle Absage an Markt und Konkurrenz als gesellschaftliche Regulations- und Zurichtungsmechanismen und der Ein-

satz für die umfassend Überwindung von Ausbeutung und Entfremdung. Entgegen der Ausnutzung der Arbeit der Mehrheit für die Profitgier Weniger ist es notwendig, dass sich alle Menschen in gesellschaftlich sinnvoller, demokratisch bestimmter Arbeit entfalten.

Deshalb wirken die Jusos des Lankauer Kreises für soziale Gleichheit, Vollbeschäftigung und die Humanisierung der Arbeit sowie der gesamten Gesellschaft als Teil der sozialen Bewegungen, vor allem gemeinsam mit den Gewerkschaften.

### **III. Demokratische Bildung von Anfang an!**

Gesellschaftspolitisches Ziel der Bildungspolitik des Rechtssenats ist die fortgesetzte Spaltung der Gesellschaft in eine Elite, der die Fähigkeit zum gestaltenden Eingreifen in die Gesellschaft zugemessen wird, und in eine niedrigqualifizierte Masse, die an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse nicht bewusst mitwirken soll. Im Interesse der Unternehmer an der profitablen Verwertbarkeit der geschulten Ware Arbeitskraft sollen die individuelle Durchsetzung Jedes gegen Jeden, der Markt als unveränderbares gesellschaftliches Ordnungsprinzip als unhinterfragbar und unkritisch in den Köpfen der jungen Menschen verankert werden. Zur Durchsetzung seines reaktionären Menschen- und Gesellschaftsbildes erhöht der Rechtssenat den sozialen Druck auf die Einzelnen. Die weitreichende Privatisierung von Bildungseinrichtungen und Bildungsfinanzierung sowie die Konkurrenz zwischen Institutionen und den in ihnen tätigen Menschen sind für diese Zurichtung entscheidende Mittel.

Die aufgeklärte Alternative zum motivations- und inhaltsleeren "Lesen-Schreiben-Rechnen-Benimm"-Drill rechter Kultur- und Bildungspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt: Die universelle Entwicklungsfähigkeit aller Menschen und das Ziel sozialer Gleichheit bilden den Ausgangspunkt des fortschrittlichen Bildungsverständnisses.

Bildung in diesem Sinne hat den Anspruch allen Menschen beruflich-praktische Qualifizierung als integralen Bestandteil relevanter Qualifizierung für die Verbesserung der Lebensbedingungen Aller zu ermöglichen. Humanistische Bildung orientiert auf die umfassende und kritische Entfaltung der Persönlichkeit und befähigt damit zum eigenständigen, solidarischen Eingreifen für eine friedliche, demokratische und sozial gerechte Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Wissenschaftlichkeit, d.h. die solidarische und handlungsorientierte Aneignung von Ursachen, Wirkungszusammenhängen und Folgen in Natur und Gesellschaft in jeder Bildungsphase ist dafür grundlegend.

Weder Kindertagesstätten, Schulen noch Berufsschulen sind diesem fortschrittlichen Anspruch derzeit gewachsen. Die Überwindung der sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Spaltung zur Herstellung echter Chancengleichheit im und auch durch das Bildungssystem ist eine große politische Herausforderung. Der Ausbau der demokratische Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten ist Bedingung für die allgemeine Nützlichkeit der Bildung. Durch langjährige Unterfinanzierung sind jedoch die notwendigen fortschrittlichen Reformsätze bisher immer wieder verebbt. Aktuell notwendige Reformschritte müssen die soziale Durchlässigkeit und Integration fördern, die vorhandenen sozialen Ungleichheiten und bestehenden Benachteiligungen insbesondere von Behinderten und Migranten abbauen, die öffentliche Finanzierung solidarisch sichern sowie persönliche Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Interessen durch Schaffung neuer Lehrerstellen und Arbeitszeitverkürzung gewährleisten. Dafür muß die integrative Ganztagesgesamtschule zur alleinigen Schulform werden. Erfolgreich kann eine emanzipatorische Politik daher nur im Zusammenhang mit einer entsprechend fortschrittlichen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik sein.

Gegen die Politik des CDU/Schill/FDP-Senats entwickelte sich während seiner

Amtszeit an Hamburgs Schulen eine Bewegung, die in zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen für Frieden, sozialen Fortschritt und demokratische Bildung eintrat. Dies war ein Beitrag dazu, dass Neuwahlen möglich wurden. Seit der Rechtssenat, wenn auch in etwas anderer Besetzung, wiedergewählt wurde, setzt er die Konzepte der Handelskammer im Bildungsbereich konsequent weiter um, was beispielweise an den Privatisierungsvorhaben im Berufsschulsektor deutlich wird. Auch dem Senat ist klar, dass die sich entwickelnde kritische Bewegung an Hamburger Schulen diese Politik nicht hinnehmen kann- die Schulsenatorin begegnet deshalb möglicher Kritik an ihrer Politik mit Repression von neuem Ausmaß. In dieser Lage ist es umso aussichtsreicher und wichtiger, dass wir den mit der Veranstaltung "Demokratische Bildung für alle - was auf die Politik des Rechtssenats folgen muss" begonnenen Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern, deren Interessenvertretungen und den Gewerkschaften fortsetzen. Gemeinsam werden wir die Ziele und konkreten Reformschritte fortschrittlicher Bildungspolitik entwickeln, um das Bewusstsein für die Ursachen und Verursacher der Probleme zu schärfen und für ein solidarisches Bildungssystem zu wirken. Sinnvollerweise geschieht dies in Kooperation mit allen beteiligten Gruppen - die Handelskammer gehört nicht dazu.

#### **IV. Humanistische Nützlichkeit statt Standortdiktat - Für demokratische Hochschulen!**

*"Allein schon die Überleitung von Rüstungsproduktion in Friedensproduktion wirft viele Fragen zumal dort auf, wo Rüstungsproduktion ein privatwirtschaftliches Erwerbsunternehmen ist. Aber auch Völkerrecht, Soziologie, Sozialpsychologie, Pädagogik werden Beiträge zu leisten haben. Die eigentliche Grundlagenforschung aller sonstigen Grundlagenforschung ist die Friedensforschung! Der Frieden ist die eigentliche Forschungslücke der Wirtschaft. Der Wille zur Abrüstung kann nur dann ernsthaft werden, wenn Klarheit über ihre Voraussetzungen und über ihre Auswirkungen besteht."*

(Gustav Heinemann, Bundespräsident von 1969 - 1974, 1964)

Die Entwicklung an den Hochschulen ist von immenser Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Hier steht zur Entscheidung: Sollen Bildung und Wissenschaft dazu dienen, die kulturellen, technischen und geistigen Errungenschaften der Menschheit positiv weiterzuentwickeln und sie zum allgemeinen Nutzen allen Menschen zu erschließen oder sollen Bildung und Wissenschaft sich dem Diktat der Profit- und Verwertungsinteressen großer Unternehmen beugen? Diese zentrale Bedeutung von Bildung und Wissenschaft hat auch die gesellschaftliche Rechte erkannt. Ihre Ideologiefabriken wie Handelskammern und Bertelsmann (mit seinem "Centrum für Hochschulentwicklung") üben enormen Druck auf Politik und Hochschulen aus, sich den Kapitalanforderungen zu fügen. Dabei stehen sie vor einem für die Kapitalseite unauflösbaren Widerspruch: Um den Anforderungen an immer komplexere Produktionsabläufe und Produktionsmittel nachzukommen, bedarf es einer immer höheren Qualifikation aller Menschen. Mit steigender Bildung erhalten die Menschen aber auch mehr Einsicht in gesellschaftliche Prozesse und somit mehr Bewusstsein über ihre eigene Lage:

Die Ausbeutungs- und Unterordnungsmechanismen können stärker hinterfragt und die scheinbare Alternativlosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse kritisiert werden. Dieser Widerspruch muss in Richtung der bewussten und kooperativen Gestaltung der Gesellschaft durch alle Menschen aufgelöst werden.

In Hamburg versuchte der Rechtssenat zur Verhinderung dieser gesellschaftlich nützlichen, humanistischen Hochschulentwicklung mit dem brachialen Programm der "Dohnanyi-Kommission" die Hochschulen in die Profit- und Verwertungslogik zu zwingen, sie ihrer demokratischen und kritischen Tradition zu berauben und so zum zentralen Durchsetzungs-Instrument seines Programms der "Wachsenden Stadt" zu machen. Bildung und Wissenschaft sollen dazu dienen, die "Akkumulation von Humankapital" (gemeint sind Menschen) voranzutreiben und die Gesellschaft profitbringend zurichten.

Gegen eine solche Orientierung regt sich in Hamburg wie in der gesamten Republik der Widerstand von Studierenden, aber auch von Gewerkschaften und gan-

zen Hochschulen. Dabei bleibt es nicht bei der einfachen Ablehnung der Profit- und Verwertungsorientierung, sondern es wird eine weit über das Vorhandene hinausweisende Perspektive für eine Hochschulentwicklung sichtbar, die die Grundlage dafür sein kann, Bildung und Wissenschaft zum Fundament für eine friedliche Entwicklung weltweit zu machen.

An diese Proteste und die demokratischen Reformvorhaben kann und muss angeknüpft werden. Die Ziele sind hierbei gleiche Möglichkeiten des Bildungserwerbs, problemorientierte und -kritische Wissenschaft sowie interdisziplinäre und internationale Kooperation. Indem Wissenschaft und Bildung die Erkenntnis der Grundlagen, Zusammenhänge und Veränderbarkeit der menschlichen Gesellschaft fördern, sind sie zentral für die kooperative und bewusste Gestaltung der Gesellschaft zum Nutzen aller. Ihre Aufgaben und Methoden müssen daher frei vom Druck der Privatwirtschaft

bestimmt werden; die Finanzierung der Hochschulen und der hochschulnahen Einrichtungen (z.B. Studentenwerk) muss sich daher nach dem Bedarf richten und staatlich gewährleistet werden. Ebenso muss umfassende Studiengebührenfreiheit wieder erkämpft werden. Bildung und Wissenschaft müssen Allen in allen Lebensphasen zugänglich gemacht werden, weil wissenschaftliche Qualifizierung zunehmend über die Möglichkeiten zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe entscheidet. Deshalb ist die HWP zu erhalten und ihr Gründungsgedanke - kritische Wissenschaft, gewerkschaftliche Orientierung und Zugang ohne Abitur - auf alle Hochschulen anzuwenden. Die Tätigkeit der Hochschulen und ihrer Einrichtungen muss demokratisch kontrolliert und weiterentwickelt werden. Dafür ist eine Ausweitung demokratischer Beteiligung erforderlich; nur sie stellt sicher, dass die Aufgabenbestimmung am gesellschaftlichen Nutzen orientiert ist.

## **V. Frieden und soziale Entwicklung weltweit**

*"Wir haben den Krieg im Irak und eine tiefe Spaltung der Völker über schwerwiegende Fragen von Krieg und Frieden erlebt. ... Diese Ereignisse haben die Führer der Welt davon abgehalten, sich mit anderen Bedrohungen zu befassen. Bedrohungen, die für die meisten Menschen dringlicher und realer sind. Ich meine die Bedrohungen extremer Armut und Hungers, unsicheren Trinkwassers, Umweltzerstörung und weitverbreiteter oder ansteckender Krankheiten. Diese Gefahren bedrohen große Teile unseres Planeten. Sie töten Millionen und Abermillionen von Menschen, Jahr für Jahr. ... Ohne Entwicklung und Hoffnung wird es keinen Frieden geben. ... 2004 muss anders werden. Es muss ein Jahr werden, in dem sich die Zeiten beginnen zu wenden."*

(Kofi Annan in seiner Neujahrsansprache an die Vereinten Nationen am 24.12.2003)

Hamburg ist ein bedeutender Standort für deutsche Rüstungsproduktion und -forschung. Die Rüstungskonzerne EADS und Blohm & Voss machen hier willkommene Profite mit dem Krieg, während

Führungsakademie, Bundeswehruniversität und HWWA die ideologische Vorarbeit dafür leisten. Um Akzeptanz für Krieg und Militarismus zu schaffen, inszenierte der erste Rechtssenat das öffentliche

Gelöbnis der Bundeswehrgelöbnis auf dem Rathausmarkt, lenkte von den Profiteuren des faschistischen Angriffskrieges ab und ermöglichte so zwei neofaschistische Aufmärsche zum 60. Jahrestag der Bombardierung Hamburgs. Nach der Bürgerschaftswahl 2004 setzt die CDU diesen Kurs mit dem zweiten Rechtssenat unter Ole von Beust fort.

Im Dienste der Eroberung neuer Märkte soll die Ausbildung internationaler Eliten an Hamburgs Hochschulen gefördert werden. Für die internationale Ausbeutung mit billig einzukaufenden Rohstoffen und gewinnträchtig abzusetzenden High-Tech Produkten (nicht zuletzt Rüstungsgütern) solle die Nachfrage der Wirtschaft nach qualifiziertem 'Menschennmaterial' gesättigt werden: Durch eine gezielte Bevölkerungsstrukturpolitik sollen die sogenannten "high-potentials" andernorts abgeworben werden. Für den Rest gilt: 'Wer nicht verwertbar ist, fliegt raus'; so soll soziales Elend aus der Metropole Hamburg verdrängt und exportiert werden. In diesem Sinne sollen selbst die Städtepartnerschaften zum Ausgangspunkt ökonomischer Eroberungszüge gemacht werden. Die rücksichtslose internationale Konkurrenz der prosperierenden Metropolen zwischen weiten verelendeten Regionen, solle die Weltkarte zukünftig prägen. Das Senatsleitbild "Wachsende Stadt" ist damit eine Art Vor-Ort-Programm für eine neue Phase imperialistischer Ausbeutungspolitik.

Damit liegt die Politik des Rechtssenates auf einer Linie mit der Kriegstreiberei der aktuellen US-Regierung, deren aggressive "Präventivschlagsstrategie" die umfassende ökonomische, soziale und kultu-

relle Zurichtung weltweit für optimale Kapitalverwertungsbedingungen international agierender Konzerne militärisch absichern soll. Diese Strategie ist jedoch dabei, umfassend zu scheitern, da sie die Probleme, die sie zu lösen vorgibt, nur immer weiter vergrößert und Dank des Widerstandes der Friedensbewegung die Zustimmung verliert. Um so wichtiger ist es jetzt, die eignen positiven Maßstäbe einer friedlichen Welt weiterzuentwickeln und sie der weltweiten Militarisierung offensiv entgegenzusetzen.

Die Friedensbewegung in Hamburg hat in letzten beiden Jahren mit massiven friedenspolitischen Aktivitäten, die sich für "Abrüstung statt Sozialabbau" stark machten und gegen den Irakkrieg, gegen das Bundeswehrgelöbnis und die Verharmlosung der faschistischen Verbrechen, für Abrüstung statt Sozialabbau und friedliche weltweite Entwicklung wandten (und wenden), zur weltweiten Aufklärung und Mobilisierung für friedliche Verhältnisse beigetragen und auch den rechten Senat arg in Bedrängnis gebracht. Denn Abrüstung, Entmilitarisierung, Zivilisierung der internationalen Beziehungen und Überwindung der sozialen und kulturellen Ungleichheit als Bedingungen für Frieden sind nur gegen das Profitinteresse durchzusetzen - auch bei den einschlägigen Unternehmen vor Ort. Als Teil der weltweiten Friedensbewegung kämpfen wir daher gegen die imperialistische Kriegspolitik, vor allem der USA, aber eben auch ihrer hiesigen Bewunderer und Förderer, für Frieden und soziale Entwicklung weltweit. In diesem Sinne beteiligen wir uns in Hamburg wie bundesweit an friedenspolitischen Bündnissen, fördern die innerparteiliche

Auseinandersetzung um die Bundeswehrein-sätze und wirken inner- und außerhalb der SPD für eine offensive antimilitaristische Strategie, die sich gegen

Ausbeutung und Konkurrenz als Ursachen des Krieges wendet und für die solidarische Entfaltung aller Menschen weltweit kämpft.

## **VI. Soziale Reformen für alle - Kritische Bewegung ist erforderlich!**

Die Jusos des Lankauer Kreises geben sich mit diesem Programm den anspruchsvollen und reizvollen Auftrag, starke, weil orientierende Kraft im Widerstand gegen die internationale und lokale Verschlechterung der Lebensbedingungen aller Menschen zu sein. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Schärfung und Fundierung der Kritik an den herrschenden Verhältnissen und die Entwicklung humanistischer Ansprüche sowie eine zunehmend krisische Alltagspraxis der Aktiven. Innerverbandliche Bildungsarbeit (orientiert an den notwendigen Aktivitäten) und eine solidarische Kultur streitbarer Diskussionen und gemeinsamen Kampfes sind dafür zu entwickeln.

Gegen die marktradikale Politik von Rechts ist der solidarische Kampf mit dem Ziel, allen Menschen ein Leben in Gleichheit, Freiheit und Frieden in einer solidarischen Gesellschaft zu ermög-

lichen die einzig sinnvolle Alternative. Ausgehend von unserer Tätigkeit als politischer Jugendverband wirken wir für Reformen, die Jung und Alt gleichermaßen nutzen, für soziale und kulturelle Bedingungen, die ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen ermöglichen. Die Kooperation von linken Organisationen, Gewerkschaften, kritischen Interessenvertretungen, sozialen und kulturpolitischen Initiativen, der Friedensbewegung und anderen fortschrittlichen Kräften ist dafür notwendig.

Die Analyse und Aufklärung über die Ziele, Interessen und Strategien der gesellschaftlichen Gegner, die Weiterentwicklung unserer Aktivitäten, die auf eine substantielle Humanisierung des Alltags gerichtet sind, sowie das Engagement in dieser gesellschaftlichen Bewegung und die innerparteiliche Auseinandersetzung bilden eine untrennbare Einheit unserer Politik.



---

## **Kontakt:**

Lankauer Kreis - Linke Jusos in Hamburg,  
c/o Michael Schaaf, Mobil: 0171/1246222

## **Informationen über die "Wachsende Stadt":**

Juso Landesarbeitskreis Gegen Rechts  
Homepage: [www.wachsender-widerstand.de](http://www.wachsender-widerstand.de);  
Email: [info@wachsender-widerstand.de](mailto:info@wachsender-widerstand.de)

V.i.S.d.P.: Michael Schaaf, Ophagen 25, 20257 Hamburg

---